

THURGAUER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Nominations-
versammlung
NR-Wahlen
27. März 2019
Weinfelden



Aktive Thurgauer FDP

Klare Nein-Parole zur Zersiedelungs-Initiative; gemeinsam weiterkommen und den Thurgau weiterbringen; ein spannendes Jahr mit Bundesratsbesuch; ein historischer Ort, wo sich verschiedene Generationen näherkommen; mit dem Direktor von GastroSuisse im Gespräch; Vorstösse im Grossen Rat, FDP-Persönlichkeiten übernehmen Verantwortung, Jungpolitiker streben Präsidien an.
Seite 3 bis 11

Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des Team FDP teilnehmen.
Seite 12

Nachhaltigkeit 2.0

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft.
Seite 13 bis 17



Offen für Fortschritt und Entwicklung

Lokal verankert und weit vernetzt

Die Freisinnigen haben bei und seit der Gründung der modernen Schweiz Wesentliches dazu beigetragen, die Schweiz zu dem zu machen, was sie heute ist: ein Vorbild in wirtschaftlicher und demokratischer Hinsicht. Auf diesen Lorbeeren ruhen wir uns nicht aus, wir wollen gemeinsam weiter vorankommen. Auch im Wahljahr 2019.

Die FDP. Die Liberalen Thurgau baut dabei auf Persönlichkeiten aus KMU, Industrie und Handel, Gesundheits- und Bildungswesen, öffentlicher Verwaltung sowie weiteren wichtigen Gesellschaftszweigen auf. Die Ziele der FDP. Die Liberalen Schweiz, zusammengefasst in den Stichworten

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt, konkretisieren wir im Thurgau täglich. Zugleich wollen wir im Energiesektor, im Gesundheits- und im Bildungswesen zukunftsträchtige Entwicklungen initiieren.

Die Zukunft verlangt nach Menschen, die in der Geschichte verwurzelt sind und offen sind für Fortschritt und Entwicklung. Wir Freisinnigen sind solche Menschen. Die Schweiz braucht uns. Darum stellen wir uns mit drei Listen zur Wahl. Damit wir alle gemeinsam weiterkommen.

Anders Stokholm
Fraktionspräsident, Wahlkampfleiter

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12 Wahlen 2019 / Door2Door
- 13 CO₂-Gesetz –
Lösung statt Empörung!
- 14 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 15 Elektromobilität /
Emissionsreduktion
- 16 Gebäudesanierung /
Abfallwirtschaft
- 17 Nachhaltigkeit
in Grossunternehmen
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage /
Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur
Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaleil:

Redaktion Thurgauer Freisinn
Bahnhofstrasse 8 | 8594 Güttingen
T: 071 672 17 20 | E: info@fdp-tg.ch | www.fdp-tg.ch

Redaktionsleitung:

Marie-Theres Brühwiler

Redaktionsteam:

Peter Fehr, Roli Löw, Peter Mesmer, Sabir Semsî,
Hans Weber

Anzeigen:

Verlag «Regi die Neue» | Peter Mesmer
T: 079 427 09 76 | E: p.mesmer@regidieneue.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Gemeinsam kommen wir weiter.

Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO₂-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

Liberale Grüsse

Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Abstimmung

Die Mitglieder der FDP TG sprachen sich an ihrer Mitgliederversammlung in Frauenfeld deutlich gegen die Zersiedelungs-Initiative aus.

Nach einer kurzen Einführung über die Inhalte der Volksinitiative Zersiedelungs-Initiative von Martina Pfiffner Müller legten Simon Vogel, Präsident Junge Grüne Thurgau, und Nationalrat Hansjörg Brunner die Gründe für respektive gegen die Abstimmungsvorlage vom 10. Februar 2019 dar. Die Initianten fordern unter anderem, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz eingefroren wird und neue Bauzonen nur geschaffen werden können, wenn andernorts eine mindestens gleich grosse Fläche als Bauzone aufgehoben wird. «Mit der rasch fortschreitenden Überbauung von Boden greift die Zersiedelungs-Initiative zwar ein drängendes Problem auf», gab Nationalrat Hansjörg Brunner zu verstehen. Der Mechanismus, dass Einzonungen landesweit mit Auszonungen kompensiert werden müssten, sei jedoch zu radikal und zu starr. «Ein solch enges Korsett ist nicht liberal und würde die Entwicklung des Landes hemmen. Eine

wachsende Bevölkerung und eine weiterhin florierende Wirtschaft sind auf Wohn-, Industrie-, Gewerbe- und Infrastrukturf lächen am richtigen Ort angewiesen. Mit dem Raumplanungsgesetz von 2013 wurden die Weichen bereits so gestellt, dass



Hansjörg Brunner (links) und Simon Vogel diskutieren unter der Leitung von Martina Pfiffner Müller.

die Zersiedlung gedrosselt werden kann», erklärte Hansjörg Brunner. Die FDP-Mitglieder folgten den Empfehlungen ihres Nationalrates und fassten mit 63 Nein-Stimmen zu einer Ja-Stimme bei einer Enthaltung überzeugend die Nein-Parole.

Andrea Ferraro für Barbara Nonini

Samuel Lanz, Generalsekretär FDP CH, und Anders Stokholm, Wahlkampfleiter FDP TG, stimmten in die Wahljahre ein. Vize-Parteipräsident Harry Stehrenberger bedankte sich bei der zurückgetretenen Delegierten Barbara Nonini und hiess deren Nachfolgerin Andrea Ferraro willkommen. Das von Daniel Borner präsentierte Budget 2019 wurde einstimmig genehmigt.

Der Rückblick auf die Wintersession von Nationalrat Hansjörg Brunner sowie Ausführungen zum Spital-Neubauprojekt «Horizont» von PD Dr. Stefan Duewell rundeten die Mitgliederversammlung im Kantonsspital Frauenfeld ab.

Jahresmedienkonferenz

Unsere Schweiz – unsere Heimat

Petra Gössi, Parteipräsidentin der FDP Schweiz, Nationalrat Hansjörg Brunner und weitere Thurgauer FDP-Persönlichkeiten erläuterten im Traditionsunternehmen E. Zwicky AG in Müllheim, wie sie ihre Heimat sehen und wie sie das Erfolgsmodell Schweiz sicherstellen möchten.

«Die FDP weiss, dass wir als Gesellschaft nur gemeinsam weiterkommen», betont Parteipräsident David H. Bon. Die Botschaft für 2019 mit dem einheitlichen Ziel «gemeinsam weiterkommen» wurde an der Jahresmedienkonferenz der FDP. Die Liberalen Thurgau im Produktionsbetrieb der E. Zwicky AG in Müllheim-Wigoltingen aus unterschiedlichen Aspekten konkretisiert. «Die Schweiz ist heute – dank harter Arbeit und richtigen Entscheidungen – ein Erfolgsmodell», lobt Petra Gössi, Parteipräsidentin der FDP CH. Die Schweiz sei Heimat für Menschen, die gewillt seien, Verantwortung für

sich und die Gemeinschaft zu übernehmen und ihr Schicksal durch Fleiss, Respekt und Engagement selbstbewusst zu gestalten. Dieses Erfolgsmodell gelte es zu sichern und in die Zukunft zu tragen.

Global denken, selbstbewusst in die Zukunft

Die Frauenfelder Unternehmensberaterin Martina Pfiffner Müller konkretisiert: «Auch im Kanton Thurgau sind wir gefordert, global zu denken und uns selbstbewusst, innovativ und schlagkräftig zu zeigen. Das setzt voraus, dass wir im Zeitalter der

Digitalisierung und der stetig steigenden Anforderungen an Unternehmen Trends verfolgen und die Bildung und Befähigung der Mitarbeitenden konsequent ins Zentrum stellen», so die Vizepräsidentin des Gewerbevereins der Region Frauenfeld. Nazmije Ismaili, Präsidentin der Jungfreisinnigen, will der jüngeren Generation auch Spielraum für Experimente geben. Nationalrat Hansjörg Brunner ist überzeugt, dass die Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF) die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandortes Schweiz aufrechterhält und damit auch Arbeitsplätze sicherstellt (Bericht dazu Seite 8). Kantonsrätin Brigitte Kaufmann setzt sich dafür ein, dass der Thurgau der Kanton der kurzen Wege bleibt (konkrete Forderung Seite 8). Nach Fraktionspräsident Anders Stokholm muss die Politik grosszügige Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer unternehmerisches Handeln wirken kann.

Marie-Theres Brühwiler

Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt

Jahresrückblick

Gemeinsam in die Wahljahre

Mit grossem Fleiss packt unser Nationalrat Hansjörg Brunner die anstehenden Aufgaben im eidgenössischen Parlament an. An unseren Mitgliederversammlungen, an Anlässen von Bezirks- und Ortsparteien sowie im «Freisinn» berichtet er über die aktuellen Geschäfte in Bundesbern. In der Waldhütte Schollenholz in Eschlikon fand im Herbst der Wahlauftakt für die kommenden NR-Wahlen statt. Dies ganz nach dem Motto: «Wir Freisinnigen – eine Bewegung mit Herz.» Die Sicherung unseres Nationalratsssitzes im Oktober 2019 ist das Ziel. Das strategische Wahlkampfteam für die NR-Wahlen ist aktiv und wird von Anders Stokholm geführt.

Einstimmen und Fitmachen für die kommunalen, kantonalen und nationalen Wahlen war das Ziel an den beiden neu lancierten und in Frauenfeld durchgeführten Anlässen: «Persönlicher Wahlkampf» sowie «Medien- und Kameratraining». An der Parteipräsidentenkonferenz auf dem Nollen trafen sich Anfang Juli die Orts- und Bezirksparteipräsidenten. Das Motto: den Weitblick von einem der höchsten Thurgauer Punkte geniessen und das Augenmerk weitsichtig auf die Wahlen 2019 richten.

An den in Münchwilen und Egnach durchgeführten Anlässen «Unter Freunden – den Austausch pflegen und voneinander profitieren» berichteten

prominente FDP-Persönlichkeiten von ihrem Alltag und verrieten, wie ihnen der Balanceakt zwischen Politik und Alltag gelingt und was die Faszination Politik ausmacht.

Im Sichtbarmachen von vorhandenem Potenzial sieht die FDP Thurgau Handlungsbedarf. Dies machte die Partei an ihrer Jahresmedienkonferenz im mit dem Schweizer Solarpreis ausgezeichneten Neubau der Eugster Haustechnik AG in Arbon deutlich.

An der 66. Herbsttagung diskutierte Bundesrat Ignazio Cassis im Casino Frauenfeld mit Thurgauer Freisinnigen zum Thema «Grenzkanton – Chancen und Herausforderungen.» Die 180 Gäste zeigten sich begeistert vom volksnahen Aussenminister



Austausch mit dem Bundesrat an der Herbsttagung.



Kris Vietze moderiert den Talk an der Herbsttagung.



Herbsttagung: Von Bundesrat zu Regierungsrat.



Herbsttagung: Von Mann zu Männern.



«Unter Freunden – den Austausch pflegen und voneinander profitieren.»

und von den kulinarischen Köstlichkeiten unter dem Titel «Tessin trifft Thurgau». Gastgeberin war Maja Lüscher.

An der Sternwanderung der FDP CH in Davos bildeten spannende Hintergrundinformationen rund um den Eishockey-Rekordmeister HC Davos mit Geschäftsführer Marc Gianola sowie interessante Gespräche mit Nationalrat Hansjörg Brunner auf der gemeinsamen Fahrt das Thurgauer Vorprogramm. Das Motto auf der Schatzalp ob Davos: «Wandern, das prächtige Panorama geniessen und den Austausch mit Gleichgesinnten aus der ganzen Schweiz pflegen.»

Politisieren und mitbestimmen

An fünf gut besuchten Mitgliederversammlungen hat die FDP Thurgau ihre Parolen für kantonale und eidgenössische Abstimmungsvorlagen gefasst. Die Versammlungen fanden in verschiedenen Regionen



Die letzte Fraktionsklausur mit Carlo Parolari.

statt und ermöglichten neben den Parolenfassungen vertieften Einblick in ein zu den jeweiligen Gastgebern passendes und aktuelles Thema (Kultur, Gewerbe und Industrie, Export, digitale Landwirtschaft, Elektromobilität).

Die 20 engagierten FDP-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte setzen sich im Grossen Rat engagiert nach den Werten der liberalen Partei ein. Neben den ordentlichen 18 Sitzungen traf sich die Fraktion zu einer halbtägigen Klausur und zog dabei Halbbeitbilanz. Über die anstehenden Geschäfte informieren die Kantonsrätinnen und Kantonsräte regelmässig im «Freisinn» sowie mit Medienmitteilungen an die Mitglieder und Redaktionen. Grosse Themen in der Fraktion waren die Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) sowie das Haushaltsgleichgewicht 2018.

Anders Stokholm ist von den FDP-Fraktionsmitgliedern einstimmig als Nachfolger des zurückgetretenen Carlo Parolari gewählt worden. In seiner neuen Funktion gehört Anders Stokholm wieder der Parteileitung an, in welcher er bereits von 2006 bis 2010 als Vizepräsident Einsitz hatte. Roland Manser, Märstetten, und Ruth Kern, Frauenfeld, sind für die zurückgetretenen Thomas Bornhauser, Weinfelden, und Carlo Parolari, Frauenfeld, in den Kantonsrat nachgerückt. Für Heidi Grau-Lanz ging Ende Mai das Amtsjahr als höchste Thurgauerin zu Ende. Die Grossratspräsidentin hatte ihr Amt mit viel Kompetenz ausgeübt und durfte für ihre umsichtige Ratsführung Lob von allen Seiten entgegennehmen.

Unter der Federführung unserer Arbeitsgruppen hat die FDP TG Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen «Feuerschutz», «Steuergesetz» sowie «Teilrevision KVG» eingereicht und das Positionspapier «Gesundheit» verabschiedet.

Daniel Borner ist an der August-Mitgliederversammlung in die Parteileitung gewählt worden. Er führt das Ressort Finanzen. Den Führungsstab bei

den Jungfreisinnigen und den damit verbundenen Sitz in der Parteileitung der FDP TG hat Lukas Weinhappl an Nazmije Ismaili übergeben.

Mit der Gründung eines überparteilichen Komitees und mit Engagement hat die FDP TG gegen die beiden Ernährungsvorlagen gekämpft.

Die FDP im Aufwind

Die 15 Delegierten haben die FDP Thurgau gut an den nationalen Delegiertenversammlungen vertreten. Neben Parolenfassungen und der Verabschiedung von Resolutionen konnten in Biel, Zug, Airolo und Pratteln auch viele wertvolle Erfahrungen mit anderen Kantonalparteien ausgetauscht und Gespräche mit Bundesparlamentariern geführt werden.



Thurgauer Delegierte mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

«Wir sind Ostschweiz»: Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Kantonen haben wir in den letzten Monaten intensiviert. Der gemeinsame Wunsch wurde auf verschiedenen Ebenen platziert und ist mit Karin Keller-Sutter Realität geworden.

Die Nachwuchsförderung hat hohe Priorität. Eine kleine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Vorschläge und Empfehlungen für die Bezirks- und Ortsparteien auszuarbeiten, hat ihre Arbeit aufgenommen. Kantonsrätin Brigitta Kaufmann, Carlo Paro-

lari und weitere erfahrene AmtsträgerInnen sind bereit, ihr vertieftes Wissen an junge Interessierte weiterzugeben. Die in verschiedenen Gemeinden und Städten engagiert und erfolgreich geführten Wahlkämpfe von Jungpolitikern bestätigen, dass die Haltung «Gemeinsam weiterkommen» und eine positive, konstruktive Zukunftsvision ankommen.

Die FDP ist im Aufwind und schweizweit derzeit stärkste Partei in den Exekutiven. Dieser Trend zeigt sich auch im Thurgau. Eine erfreuliche Anzahl von Parteieintritten und die Neugründung der FDP Roggwil-Freidorf bestätigen, dass die Gesellschaft die positive Vision der FDP mitträgt.

Herbsttagung der Rekorde



Maja und Bruno Lüscher

Die Herbsttagung 2018 unter dem Titel «Tessin trifft Thurgau» begeisterte von A bis Z: Der äusserst volksnahe Bundesrat Ignazio Cassis, ein interessantes Podium, gegen 200 Gäste, kulinarisch vom Feinsten, eine gelöste Stimmung und viele Gespräche unter Gleichgesinnten. Danke, Maja und Bruno Lüscher!

Weshalb stemmen Lüschers diesen Grossanlass?

Maja Lüscher: Es war ein absoluter Spontanentscheid während eines Sonntagfrühstücks vor bald zwei Jahren. Bruno und ich bearbeiteten unseren Jahreskalender und ich vermisste dabei ein Datum für die FDP-Herbsttagung. Spontan griff ich zum Telefon und rief den Parteipräsidenten an. Ich fragte ihn, ob es ihm recht wäre, wenn ich diesen Anlass gleich selber organisieren würde. David war fast sprachlos, aber sehr erfreut, und so kam es.

Bruno und Maja: Es ist eine faszinierende Aufgabe. Denn der grosse Zuspruch sowie die spürbare Freude der FDP-Familie ist eine riesige Motivation und beweist uns, dass gesellige Anlässe ihre Berechtigung haben, aber auch dass die FDP TG in Bewegung ist. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass der gute Geist innerhalb der Partei erhalten bleibt, uns weitere schöne Events gelingen und wir weiterhin Parteifreunde finden, die uns unterstützen.

Text und Bilder: Marie-Theres Brühwiler

Begeisterung verbindet

Ein Schulhaus macht Schule

Das Interesse am Schulraum von gestern ist so gross wie die Freude der freiwilligen Pioniere, die aus dem schmucken Lehmhaus von 1846 ein historisches Prunkstück geschaffen haben. Aus dem einst für den Abbruch vorgesehenen Schulhaus ist das erste Schulmuseum der Schweiz entstanden. Einzigartig in der Ausrichtung, wichtig als Bausubstanz und wertvoll, weil in den ehemaligen Schulräumen verschiedene Generationen begeistert und offen aufeinander zugehen.

Mittwochmorgen, eigentlich ein gewöhnlicher Schultag. Doch für einmal begrüssen die Sekundarlehrerinnen Dominique Bornhauser und Lisa Steiner ihre Schülerinnen und Schüler nicht im Schulhaus Egelmoos, sondern im Schulhaus Mühlebach an der Weinfelderstrasse 127 in Amriswil. Gerade einmal 1600 Meter liegen zwischen den beiden Schulhäusern. Die Zeitreise, welche die beiden Lehrkräfte und ihre Schüler an diesem Morgen machen, ist indes um ein Vielfaches grösser.

Singen, schreiben, flicken und nähen

Erwartungsfroh, in historischen Schulbänken sitzend, starten die beiden Schulklassen den Unterricht wie zu früheren Zeiten mit gemeinsamem Singen. «Das gibt gute Laune», verraten die Jugendlichen. «Die Schrift ist ganz schön schwierig», tönt es später, als die Sekundarschüler von Edith

Tanner in die Geheimnisse der alten Schulschrift eingeweiht werden und ihre praktischen Erfahrungen damit machen dürfen. Mit Schulanekdoten aus dem letzten Jahrhundert fesselt Hans Weber die aufmerksamen Jugendlichen und führt durch die aktuell laufende Ausstellung «Fleiss und Schweiss». Solche Unterschiede zwischen Mädchen und Buben zu machen, sei nicht fair, finden einige der Jugendlichen, nachdem sie vom früheren Kantonsschulrektor erfahren haben, wie die Mädchen damals in der Schule viel nähen und flicken mussten, aber von anderen Fächern ausgeschlossen waren. «Das wäre hart für mich gewesen», gibt Lehrerin Dominique Bornhauser zu verstehen. Nach Hause nehmen durften die Kinder schliesslich nicht nur die bei Brigitte Urwyler angefertigten verzierten Holzsterne, sondern auch viele nachhaltige Eindrücke.



«Drei Generationen im Dialog»: Hans Weber leitet das Schulmuseum mit viel Herzblut.

Auch für Erwachsene ein Erlebnis

Das Schulmuseum in Amriswil ist ein überregionales Museum für Schulgeschichte und Aspekte der Schweizer Schulkultur. Die Sammlung setzt in erster Linie auf Objekte aus dem Kanton Thurgau. Durch die Aufnahme in das kantonale Kulturkonzept und die Einstufung der Denkmalpflege als «erhaltenswertes Gebäude» etablierte sich das Schulmuseum in schul- und alltagsgeschichtlichen Kreisen. Den Zugang zu schulgeschichtlichen Themen und zur Kulturgeschichte öffnet das Schulmuseum durch sein verschiedenartiges Raumangebot. Das Schulmuseum und Zentrum für Schulkultur wird von der Stiftung Schulmuseum Mühlebach getragen. Es organisiert regelmässig Veranstaltungen zum Thema, bietet Weiterbildungskurse an, ist Mitglied der Vereinigung Schweizer Museen und der Sammlungen zur Schul- und Kindheitsgeschichte, pflegt den Kontakt zu vergleichbaren nationalen und internationalen Institutionen, stellt die umfangreiche Sammlung für wissenschaftliche Zwecke und eine Auswahl Objekte für den Unterricht zur Verfügung, publiziert Schriften und Beiträge zu ausgewählten Themen und beteiligt sich an Projekten mit anderen Museen und Institutionen (Pädagogischen Fachhochschulen). Die Stiftung wurde 1999 gegründet und das Schulmuseum im August 2002 eröffnet. Öffnungszeiten und weitere Informationen: www.schulmuseum.ch

Historisches Schulhaus mit nationaler Bedeutung

Die aktuell laufende Ausstellung trägt den Titel «Fleiss und Schweiss», ist aber auch treffend für die Macher, welche vor 20 Jahren das ehrwürdige Pisé-Schulhaus vor dem Abbruch gerettet haben, daraus das erste Schulmuseum der Schweiz entstehen und das historische Prunkstück zu einem Ort der Begegnungen werden liessen. Pensionierte Lehrkräfte gewähren Lernenden und Lehrenden von heute einmalige Einblicke in die Schule von gestern. Dass das schweizweit einzigartige Schulmuseum so gut funktioniert, ist unter anderem der umsichtigen Leitung von Hans Weber zu verdanken. Der ehemalige Rektor der Kantonsschule Romanshorn führt den Stiftungsrat und die aus weiteren sechs ehrenamtlich tätigen Persönlichkeiten zusammengesetzte Geschäftsleitung seit 2005. Zirka 15 bis 20 Stunden investiere er wöchentlich in das Schulmuseum Mühlebach. «Ich mache das sehr gerne», strahlt Hans Weber. Gleichwohl sei es an der Zeit, seine Nachfolge zu regeln. «Das ist nun mein nächstes grösseres Projekt», schmunzelt das langjährige FDP-Mitglied.

Marie-Theres Brühwiler



Interessensvertreter von 20 000 Mitgliedern

Daniel Borner

Seit 2017 bekleidet der Thurgauer Daniel Borner das Direktorenamt bei GastroSuisse, dem Verband für Hotellerie und Restauration. Der erfahrene Betriebswirt vertritt die Interessen von rund 20 000 Mitgliedsbetrieben.

Vor zwei Jahren trat Daniel Borner bei GastroSuisse kein leichtes Erbe an. Die nur sehr kurzen Gastspiele seiner Vorgänger hatten auf operativer Ebene zu einigen Turbulenzen geführt. Darunter litt natürlich auch die Glaubwürdigkeit bei der Basis. Dank seiner Qualitäten und seiner Persönlichkeit ist es dem branchenfremden Weinfelder innert kürzester Zeit gelungen, die Unsicherheiten auszuräumen und Vertrauen aufzubauen. Beim grössten Arbeitgeberverband der Schweiz ist wieder Ruhe und Stabilität eingekehrt.

Herausforderungen bewältigen

Im Gespräch erweist sich der sympathische Daniel Borner als offen, gradlinig und kompetent. Einer der weiss, was er will, Ziele klar definiert und diese dann konsequent verfolgt. Zwar fehlte es dem 54-Jährigen vor Amtsantritt, trotz imposanter beruflicher Laufbahn, an Gastronomieerfahrung. Lächelnd und selbstbewusst beantwortet er eine entsprechende Frage: «Ich denke, das war kein Nachteil. Im Gegenteil! Ich konnte vorurteilsfrei analysieren und Massnahmen einleiten.» Die Hauptauf-

gabe eines Verbandsdirektors ist es, Glaubwürdigkeit zu vermitteln, Organisation, Strukturen und Prozesse zu optimieren, politische und branchenspezifische Netzwerke aufzubauen und zu pflegen sowie Strategien zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen zu entwickeln. «Nach acht Jahren als Direktor an der Spitze des Verbandes Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten verfüge ich über den dafür notwendigen Leistungsausweis und Erfahrungsschatz, um genau das zu bewältigen. Ich denke, das konnte ich bei GastroSuisse bereits unter Beweis stellen.»

Zu jedem Thema eine Meinung

Als Hauptaufgaben des Verbandes bezeichnet Daniel Borner die Berufsbildung, welche durch die Branchenverbände und nicht, wie viele irrtümlich glauben, durch den Bund sichergestellt wird, die Wahrnehmung der Brancheninteressen gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik. Es gehe dabei darum, auf gastrospezifische Problematiken aufmerksam zu machen. Der Verbandsdirektor betont ebenfalls die Wichtigkeit der Dienstleistungs-

Daniel Borner

Persönliches: Daniel Borner, Jahrgang 1964, aufgewachsen in Tägerwilten, wohnhaft seit 1992 in Weinfelden, verheiratet, zwei Söhne

Ausbildung: Kaufmännische Lehre, Abschluss als Personalleiter und Personalfachmann, eidg. dipl. Betriebswirtschafter HF, Executive Master in Business Administration, Executive School of Management Technology and Law Universität St. Gallen

Militär: Oberst a. D., ehemals Chef Kantonalen Territorialverbindungsstab Thurgau

Politik: Mitglied der FDP.Die Liberalen Ortspartei Weinfelden, Mitglied der kantonalen Parteileitung (Finanzverantwortlicher)

erbringung für die Mitglieder. Bei der Grösse des Verbandes eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, eine tägliche Herausforderung, welche die über 70 Mitarbeitenden auf der Geschäftsstelle in allen vier Landessprachen zu bewältigen haben. Auf den grössten Unterschied zu seinem früheren Direktorenposten bei den Schreibern angesprochen, kommt der Weinfelder auf die extreme Dynamik der Branche zu sprechen. «Die Gastronomie steht stark im öffentlichen Fokus, das führt zu täglichen Medienanfragen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich mich nicht zu irgendeinem Thema äussern darf, beispielsweise zur Lebensmittelhygiene, zu Brandschutzvorschriften, zu Wickeltischen auf der Herrentoilette oder zur Raucher- bzw. Nichtraucher-Problematik und noch zu vielem anderem mehr. Zu allem muss der Verband eine Meinung haben. Aber Tatsache ist auch, dass jeder Betriebsinhaber selber entscheiden muss, was er wie handhabt, solange er sich an die Gesetzgebung hält.» Auf die Frage, was denn einen erfolgreichen Wirt ausmache, antwortet Daniel Borner mit einem einzigen Satz: «Es braucht Leidenschaft, ein klares Konzept und Engagement.»

Peter Mesmer

AGENDA

5. Februar 2019

«Unter Freunden den Austausch pflegen», Kloster Paradies, Schlatt

27. März 2019

Nominationsversammlung Nationalratswahlen, Zum Trauben, Weinfelden

16. Mai 2019

Ord. Mitgliederversammlung (im Bezirk Arbon)

Vom Gebot zur Regulierung

Aus der Fraktion

Mit Mose fing es an. Seine Zehn Gebote bilden sozusagen das Grundgesetz des menschlichen Anstandes. Schriftlich, in Stein gehauen, regelten sie das Verhältnis der Menschen untereinander und zu einer höheren Macht. Vorbei sind jedoch die Zeiten, wo universelle Regeln für das Zusammenleben genühten. Regeln sind nichts Schlechtes. Gute Regelungen können einen beträchtlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen generieren, der die Kosten der Regulierung übersteigt. Warum nun also im Grossen Rat zwei Vorstösse zum Thema «Regulierungsbremse» und «Regulierungsfolgenabschätzung RFA»? Man könnte auch die Frage stellen: Wann wurden aus nützlichen, für alle nachvollziehbaren Regelungen die ungeliebten Regulierungen?

Ist internationale Verflechtung schuld?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage liefert auf den ersten Blick die enorme globale Verflechtung der Schweiz. Das internationale Recht wächst stärker als das Landesrecht. Tatsache ist aber auch, dass unser Land im Weltbank-Ranking des «ease of

doing business» jährlich Plätze verliert. Heute liegt die Schweiz noch auf dem 38. Platz. Auf den Spitzenrängen liegen ebenfalls eher kleinere Volkswirtschaften, die mindestens so global verflochten sind wie die Schweiz, zum Beispiel Dänemark, Norwegen, Georgien. Die Ursachen müssen also anderswo liegen.

Welche Regulierungspolitik hat der Kanton?

Regulierungen auf ein für Bürger und Wirtschaft vertretbares Mass zurückzufahren, ist keine reine Bundesaufgabe. Alle Staatsebenen sind in der Pflicht. Deshalb soll die Regierung prüfen, ob eine Regulierungsbremse für den Kanton Thurgau ein adäquates Mittel ist. Regulierungsbremsen können auf vielfältige Weise ausgestaltet sein. Bekannt sind die bereits verwendeten One-in-x-out-Regelungen oder die Sunset-Legalization. Auch erhöhte Hürden im Gesetzgebungsprozess in Form von bestimmten Mehrheiten sind ein prüfenswerter Ansatz. Mit dem zweiten Vorstoss «Regulierungsfolgenabschätzung RFA» soll die Regierung einen

Bericht vorlegen, wie auf Kantonsebene mit diesem Instrument die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Kantons untersucht und dargestellt werden können. Eine gute Regulierungspolitik ist heute Pflicht eines modernen Staa-



Brigitte Kaufmann

tes. Die Zeiten, als es genügte zu sagen, der Thurgau sei der Kanton der kurzen Wege, ist in Anbetracht ständig schwindenden Ermessensspielraumes als Folge überschüssiger Regelungen vorbei.

Eine Umkehr zu früheren Zeiten ist nicht möglich, aber eine andere Richtung einschlagen, das sollten wir wenigstens versuchen. Es ist zu hoffen, dass der Grosse Rat der Regierung die entsprechenden Aufträge erteilt, sodass dieses für die Wirtschaft und die Gesellschaft wichtige Thema angepackt werden kann.

Brigitte Kaufmann, Kantonsrätin FDP, Uttwil

Mit aller Kraft

Ein Wort zur Steuervorlage, die mit der AHV verknüpft ist. Lassen Sie mich unseren Finanzminister, Bundesrat Ueli Maurer, zitieren. Er sagte in der Debatte zur Verknüpfung der Steuervorlage mit einem Sanierungsbeitrag an die AHV: «Es gibt hier keine reine Lehre.» Wie recht er hat. Die AHV wird also jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich erhalten, wenn die Steuervorlage in Kraft tritt. Kein vernünftiger Mensch kann wegen dieses jährlichen Beitrags der Politik unterstellen, man wolle die absolut notwendige Sanierung der AHV nicht an die Hand nehmen. Das ist einfach schon aufgrund der Grössenverhältnisse ein Unsinn.

Die AHV hat jährliche Aufwendungen von 43 Mrd. Franken und Einnahmen von rund 42 Mrd. Franken. Im Moment fehlt jedes Jahr rund eine Mrd. Franken, die geburtenstarken Jahrgänge kommen jetzt aber erst in Pension. Das Umlage-

defizit wird sich massiv verschärfen. Kumuliert wird es zwischen 2021 und 2030 ungefähr 43 Mrd. Franken erreichen. Im Ausgleichsfonds der AHV werden der AHV bis 2030 53 Mrd. Franken fehlen. Die Reform der AHV ist zwingend, es genügt nicht, nur das Rentenalter der Frauen anzupassen. Man muss diese Diskussion offener führen.

Die Steuervorlage ist letztlich nichts anderes als ein sauberer rechtlicher Rahmen, damit die Kantone ihre Steuergesetze anpassen können. Sie mögen vielleicht mit dem einen oder anderen Punkt der Revision nicht einverstanden sein, aber es geht um eine Gesamtbetrachtung. Wir müssen die vom Ausland nicht mehr akzeptierte Sonderregelung für international tätige Firmen abschaffen. Die Neuauflage der Steuerreform versucht, den tiefgreifenden Umbau so schonend wie möglich zu machen. Mit der Reform sollen alle Firmen – Grossunternehmen wie KMU – nach denselben Regeln besteuert werden. Die Gleichbehandlung



wird gestärkt. Heute ordentlich besteuerte Firmen profitieren, wenn die Gewinnsteuer gesenkt wird.

Es geht um viel bei dieser Vorlage vom 19. Mai 2019. Ich bitte Sie, sich mit aller Kraft für den Standort Schweiz einzusetzen.

Hansjörg Brunner, Nationalrat

FDP Bezirk Münchwilen

Digitalisierung

Rund 50 FDP-Mitglieder aus dem Bezirk Münchwilen, darunter Nationalrat Hansjörg Brunner sowie sämtliche FDP-Kantonsräte und weitere Amtsträger, trafen sich in der Villa Sutter in Münchwilen zum Neujahrsapéro. Neben dem geselligen Zusammensein waren die anstehenden Wahlen sowie die Digitalisierung und ihre Auswirkungen die wichtigsten Themen. Nach einem Rückblick auf die Geschichte des Hauses, welcher durch Hanspeter Wehrle auf unterhaltsame Art und Weise präsentiert wurde, stand vor allem die Digitalisierung im Fokus.

Bezirkspräsident Harry Stehrenberger, welcher seit 30 Jahren in der IT-Branche tätig ist, zeigte in seinem Inputreferat auf, dass alle von der Digitalisierung betroffen sind. Dabei sind die selbstfahrenden Autos oder 3D-Drucker für Essen für die Mehrheit eher noch Zukunftsmusik. Er wies darauf hin, dass mit der Digitalisierung wohl Berufe verschwinden, diese aber durch neue ersetzt würden. «Neu könnten Berufsgattungen wie App-Pfleger, Lebensdaten- oder, noch viel wichtiger, Nachtodatenmanager gefragt sein», so Stehrenberger. In ganz unterschiedlichen Branchen tätige FDP-Persönlichkeiten berichteten in der Folge über ihre Erfahrungen mit der Digitalisierung, stellten aber letztlich unisono fest, dass es den Menschen immer brauchen wird.

Nadja Stricker

FDP Aadorf

Jahresauftakt

Der traditionelle Jahresauftakt der FDP Aadorf in der Huggenbrunnenhütte Ettenhausen stand im Zeichen der Gemeinderatswahlen. Alle neu kandidierenden stellten sich persönlich vor und antworteten auf die Fragen des Publikums und des Moderators. Zur Sprache kamen gesellschaftspolitische und finanzpolitische Themen. An Gesprächsstoff mangelte es am gemütlichen Fondueplausch nicht. Dass die FDP Aadorf sämtliche bisherigen Gemeinderäte zur Wiederwahl empfiehlt, war unbestritten. Ebenso klar war für die Anwesenden, dass die FDP-Kandidatin Monika Roost-Brunner den frei werdenden FDP-Sitz von Cornelia Hasler-Roost übernehmen soll. Wen die FDP für den zweiten frei werdenden Sitz empfehlen soll, wurde intensiv, aber noch nicht abschliessend besprochen. Die Geselligkeit kam trotz aller Diskussionen nicht zu kurz, wobei Fondue, Dessertbuffet und die verschiedenen zur Verfügung stehenden Weine das Ihre dazu beitrugen.

Roland Gabriel

FDP Amriswil

In der Sallmann'schen Kutschensammlung

In der überaus gemütlichen Atmosphäre des Amriswiler Kutschenmuseums durfte Ortsparteipräsident Thomas Bischofberger die rund 45 Mitglieder und Gäste im frischangebrochenen neuen Jahr willkommen heissen.

Gastgeber Andreas Sallmann nutzte bei seinen Willkommensworten die Gelegenheit, unserem Kronfavoriten für das Amt des Amriswiler Stadtpräsidentiums, Gabriel Macedo, die legendäre «Lucky Panty» zu überreichen, und wünschte ihm sowie den amtierenden Stadträten Stefan Mayer und Richard Hungerbühler eine erfolgreiche Wahl. Ga-

brriel Macedo übernahm das Wort und verdankte die grosse Arbeit des Wahlstabes für das Präsidialamt. Ebenso erteilte er ein grosses Dankeschön an die ganze Basis und betonte die Wichtigkeit der Arbeit jedes einzelnen Mitgliedes im Sinne der FDP. Sein Aufruf, am 10. Februar nochmals Gabriel Macedo auf den Wahlzettel für das Stadtpräsidium zu schreiben und für die Stadtratswahlen Stefan Mayer und Richard Hungerbühler zu bestätigen, endete in grossem Applaus.

Martin Rickenbach

FDP Weinfelden

Eine ausgewogene Liste

Parteipräsidentin Michèle Strähl konnte im Gasthaus zum Trauben rund 40 Mitglieder und Freunde der FDP Weinfelden zur ausserordentlichen Mitgliederversammlung mit Neujahresbrunch und Apéro begrüssen. Die 15 Kandidierenden für das Stadtparlament repräsentieren verschiedene Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Neben den bisherigen Parlamentariern Martin Brenner, Beat Brüllmann, Simone Brunschweiler, Tobias Greminger und Markus Schönholzer, die sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung stellen, wurde die Liste mit weiteren engagierten Persönlichkeiten ergänzt. Die vorgeschlagenen Personen wurden einstimmig nominiert. Ziel ist es, die bisher gehaltenen sechs Sitze im Parlament trotz des Rücktritts von Marcel Tanner, der nach 18 Jahren zurücktritt, zu verteidigen.

Primarschulpräsident Thomas Wieland informierte über die bevorstehenden Kreditabstimmungen der Primarschulgemeinde, wobei die anwesen-

den Mitglieder mit grossem Mehr die Ja-Parolen für den Baukredit sowohl für den Erneuerungsbau des Martin-Haffter-Schulhauses als auch für den Erweiterungsbau des Martin-Haffter-Kindergartens beschlossen. Schliesslich informierten Gemeindepräsident Max Vögeli und Thomas Wieland über Aktuelles. Beim gemeinsamen Brunch liessen die Anwesenden das alte Jahr Revue passieren und stimmten sich auf die Herausforderungen des neuen Jahres ein. Vorstand und Kandidierende freuen sich, auch 2019 Verantwortung übernehmen zu dürfen. Die 15-Liste: Martin Brenner (bisher); Beat Brüllmann (bisher); Simone Brunschweiler (bisher); Tobias Greminger (bisher); Markus Schönholzer (bisher); Daniel Borner; Dominique Bornhauser; Innocenzo Castaldi; Simon Engeli; Melanie Huber; Roger Hubschmid; Roland Lemmenmeier; Martin Lüthy; Michèle Strähl-Obrist; Thomas Wieland.

Matthias Kradolfer



FDP Arbon

Gemeinsam für ein erfolgreiches Arbon

Die Ortspartei Arbon der FDP. Die Liberalen nominierte an ihrer Parteiversammlung im Schloss Arbon einstimmig Michael Hohermuth als ausgewiesenen Kandidaten für den Arboner Stadtrat und präsentierte eine eindrucksvolle Liste mit 16 Kandidierenden für das Stadtparlament.

Sie sind vielseitig engagiert, gut ausgebildet, arbeiten in verantwortungsvollen Positionen in Verwaltungen, Detailhandel, Gewerbe und Industrie oder führen ihr eigenes Unternehmen. Und sie haben eines gemeinsam: Sie sind überzeugt vom Potenzial von Arbon und stehen dafür ein. Besonders erfreulich ist auch der Umstand, dass Junge nachrücken und sich in der Arboner Politik einbringen wollen. So setzt die Partei grosse Hoffnungen auf Michael Hohermuth, der für den Stadtrat kandi-

diert. Mit seiner fundierten Ausbildung und Tätigkeit in Elektrotechnik und IT sowie im Finanzwesen als Controller bringt er gute Voraussetzungen mit für die Arbeit im Stadtrat. Sehr erfreulich ist die Parlamentsliste mit sieben Frauen und neun Männern, die sich mit Überzeugung für ein politisches Mandat im Stadtparlament von Arbon zur Verfügung stellen. Die Ausgewogenheit zwischen jung und alt garantiert auch für die Zukunft eine tolle Dynamik in der Partei.

Einzig bei der Suche nach Kandidatinnen oder Kandidaten für das Stadtpräsidium musste die Partei feststellen, dass dieses Amt von geringem Interesse war, sowohl in Arbon als auch bei Angefragten ausserhalb.

Max Gimmel, Co-Präsident



Anzeige



«Wollen auch Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen? Gerne zeige ich Ihnen den Weg dazu auf.»

Werner Fleischmann, Firmeninhaber

Fleischmann Immobilien AG
Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch

Nachruf von Ruedi Schläpfer

Liberales Urgestein

An jeder Delegiertenversammlung fiel mir Ruedi Schläpfer auf durch grosse Begeisterung, Einsatz, Ideen. Ich war 1986 zum Parteipräsidenten gewählt worden. Als Martin und Caterina Briner nach wenigen Jahren vom Parteisekretariat zurücktraten, wurde ein Casting veranstaltet. Viele gute Bewerbungen waren da. Die Wahl fiel auf Ruedi.

Ruedi hatte damals seine Druckerei in Rickenbach bei Wil. Er war ein Handwerker und Unternehmer vom alten Schrot und Korn. Und was er nebenbei und für mageren Lohn für die FDP Thurgau tat, war grossartig. Seine Begeisterung kannte keine Grenzen, er sprühte vor Ideen, war immer positiv und für jedes Risiko bereit. Der legendäre Wahlkampf um den Ständeratssitz von Thomas Onken 1991 war wohl eine grosse Belastung, mit Ruedi an der Seite aber auch ein grosses Vergnügen. Die Beizentour, die Jahrmarktbesuche, die Podiumsveranstaltungen hatten immer eine positive Ausstrahlung dank der vielen freisinnigen Helferinnen und Helfer und dank des Engagements von Ruedi.

Auch im eidgenössischen FDP-Sekretariat war Ruedi aktiv, er zog Fäden und Netze auf Bundesebene, begegnete den Parlamentariern auch anderer Parteien auf seine offene, gewinnende Art. Selten hörte man ihn schimpfen, und wenn, dann meist, weil ihm ein Mitstreiter zu wenig aktiv war.

Ruedi hat der FDP sehr viel gegeben. Und er hat nie Nein gesagt, wenn Arbeit auf ihn zukam. Er hatte Fantasie und zeigte fast unerschöpflichen Einsatz. Es war eine Freude, mit ihm zu kämpfen bei den Armeevorlagen und anderen eidgenössischen Abstimmungen, bei denen er den Stützpunkt führte.

Ich sage Ruedi ganz herzlichen Dank für die sehr schöne gemeinsame Zeit im Kampf für liberale freisinnige Anliegen. Das Motto, das uns geprägt hat und das wir beiden nie verlassen haben, war: «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat.» Wir beide haben nie begriffen, dass dieser einfache, griffige, freisinnige Gedankengut mit wenigen Worten treffende Grundsatz über Bord geworfen wurde.

Danke sage ich auch Trudi Schläpfer, die Ruedi in seiner Tätigkeit immer voll unterstützt hat und ihm durch ihr liebevolles Wesen jederzeit grosse Kraft gegeben hat.

Hansjörg Lang

Gabriel Macedo und Roman Pulfer

Kandidaturen sind Lebensereignisse

Am 10. Februar stehen in vielen Thurgauer Gemeinden und Städten Wahlen an. Gabriel Macedo und Roman Pulfer kandidieren in Amriswil respektive Steckborn für das Stadtpräsidium. Beide sind deutlich jünger als ihre Konkurrenten.



Gabriel Macedo

Die Kandidatur als Stadtpräsident war für den gebürtigen Kradolf-Schönenberger Gabriel Macedo, der mit Amriswil sehr verbunden ist, eine Herzensangelegenheit. Roman Pulfer möchte in Steckborn, in der Heimatstadt seiner Mutter, das Stadtpräsidium bekleiden. Der Frauenfelder Jurist ist fasziniert von den Möglichkeiten der Rechtsanwendung im Alltagsgeschäft eines Stadtpräsidenten. Allem voran möchte er jedoch im Interesse der Stadt tätig sein.

Die FDP als zweite Familie

Von ihren Parteien haben sowohl Roman Pulfer wie auch Gabriel Macedo profitieren können. Beide wurden von den Mitgliedern der Ortsparteien tatkräftig unterstützt. Sei es mit personellen Ressourcen, als Supporter oder indem sie deren Netzwerk im Ort zur Verfügung gestellt haben. Die Unterstützung von Seiten der FDP, die bei der Stadtpartei begann, die Kantonalpartei einschloss und bei der FDP Schweiz abgeschlossen wurde, nennt Macedo: «unglaublich». Für Pulfer ist ein Wahlerfolg «immer ein Teamerfolg».

In der FDP sind sie zu Hause

Die Werte von Pulfer sind bodenständig, sachlich agierend und lösungsorientiertes Handeln. So werde man auch als FDP-Kandidat in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Das ist ein Teil des konstruktiven Miteinanders. Er selbst trat der FDP. Die Liberalen bei, nachdem er bei der Wahlfeier von Kaspar Schläpfer gewesen war, dessen Sohn Jörg Pulfer damals eingeladen hatte. Macedo trat der FDP vor 12 Jahren bei, «weil ich fortschrittlich denke und handle, den Menschen möglichst viel Freiraum und Eigenverantwortung überlassen möchte.»

Wahlkampf bedeutet Horizonsweiterung

Es sind die unzähligen Gespräche und das gegenseitige Kennenlernen mit den Bürgern der Stadt, welche für Macedo mit Abstand die schönsten Erfahrungen in seinem Wahlkampf sind. Unbestritten bleibt bei beiden, dass nur im persönlichen Kontakt mit den Wählern ihre Anliegen, Sorgen, aber auch Ängste wahrgenommen werden können.

Sabir Samsi

People&Gossip-Facts zu Gabriel Macedo

Lieblingssessen: Die Auflistung bräuchte zu viele Zeichen ...

Gabriel Macedo findet seine Ruhe ... am Sonntag zu Hause mit seiner Partnerin.

Das wollte er als 10-Jähriger werden: Fussballer oder Polizist.

Diese Person würde er gerne aus folgenden Gründen auf einen Kaffee einladen: Bundesrätin und neue Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga in ein gemütliches Amriswiler Café, um sie auf die Dringlichkeit und Bedeutung der BTS für den Kanton Thurgau und die gesamte Ostschweiz aufmerksam zu machen.



Roman Pulfer

People&Gossip-Facts zu Roman Pulfer

Lieblingssessen: Eines in Gesellschaft von so wertvollen Leuten, dass der Inhalt des Tellers in den Hintergrund tritt. Hilfsweise: italienisches Essen.

Roman Pulfer findet seine Ruhe ... aktuell sehr selten, aber er muss auch eingestehen, dass er sich am wohlsten fühlt, wenn etwas läuft und es vorwärtsgeht.

Das wollte er als 10-Jähriger werden: Erwachsen, unabhängig und mobil, um mehr von der Welt zu sehen als nur sein Dorf.

Diese Person würde er gerne aus folgenden Gründen auf einen Kaffee einladen: Alt Bundesrat Johann «Hannes» Schneider Ammann. Seine kompetenten Aussagen, sein gelebtes Verständnis vom Bundesrat als Diener des Volkes und seine persönliche Bescheidenheit beeindruckten ihn.



Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

Warum Door2Door?

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

Was erhofft sich die FDP davon?

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St. Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

Wer kann mitmachen?

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörigen App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!
Scannen Sie den Code mit Ihrem QR-Code-Reader auf dem Handy und Sie gelangen zur Website.



CO₂-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO₂-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO₂-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO₂-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO₂-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO₂-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO₂-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltet, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z.B. gegen unseren Willen die CO₂-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtabstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Inselösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO₂-Gesetz.



Christian Wasserfallen

Wie weiter mit dem CO₂-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO₂-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaabkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

8 Inlandmassnahmen

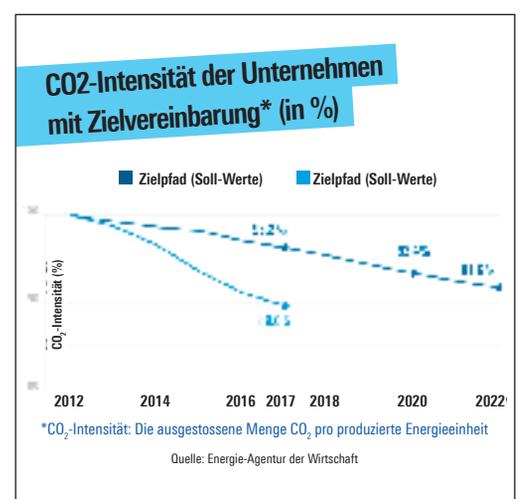
- Nr. 1:** Weiterführung der tiefen CO₂-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO₂/km).
- Nr. 2:** Inlandziel für Gebäude (-50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO₂-Ausstosses investiert wird.
- Nr. 3:** Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO₂-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).
- Nr. 4:** Erhöhung der CO₂-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO₂ auf 210 Franken/Tonne CO₂.
- Nr. 5:** Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

- Nr. 6:** Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).
- Nr. 7:** Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).
- Nr. 8:** CO₂-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

2 Auslandmassnahmen

- Nr. 1:** Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.
- Nr. 2:** Anrechenbarkeit von ausländischen CO₂-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).



Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO₂-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO₂-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO₂-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO₂-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandkompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO₂-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

Damian Müller, Ständerat LU

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

Elektromobilität

Libérale Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO₂-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO₂ pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Export-

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO₂-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt

Gebäudepark Schweiz

Liberale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO₂-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO₂-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO₂-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKE), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkerpflicht als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO₂-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d.h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d.h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrichtschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlamm von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

Dr. Jürg Liechi

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO₂-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO₂-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützt brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder
auf
www.fdp.ch

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

«Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonalen Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuvorlage

Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuvorlage sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuvorlage ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuvorlage.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Abstimmungen

Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeeeingehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

**Corina Eichenberger
Nationalrätin AG**



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermod, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u. Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

Hansjörg Brunner,
Nationalrat TG

Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau) und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig
& unnützlich!

Radikale
Zersiedelungs-Initiative
NEIN

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

FDP
Die Liberalen

Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019

Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch



**KRAFTWERK
ZÜRICH**

**12. APRIL
(GANZTÄGIG)**

Save the Date

Urban Innovation Day II

Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups